



GEMEINDEAMT PÖRSCHACH AM WÖRTHER SEE
pol. Bezirk: Klagenfurt-Land
9210 Pörschach am Wörther See, Hauptstraße 153
Tel.: 04272 / 2810; E-Mail: poertschach@ktn.gde.at
www.poertschach.gv.at

Zahl: GR/27
Sachbearbeiter: Ing. Stefan Pinter
Pörschach, am 06.08.2025

NIEDERSCHRIFT - öffentlicher Teil

zur

27. Sitzung des Gemeinderates

am Mittwoch, den 30.07.2025
im Lesesaal im Gemeindeamt

Beginn: 16:31 Uhr

Anwesende Personen:

Bürgermeisterin:

Mag. Silvia Häusl-Benz ÖVP

Gemeinderatsmitglieder:

Mag. Sebastian Dernoschnig	ÖVP	ab 16:33 Uhr
Ramona Diexer	ÖVP	
Oliver Faeser	ÖVP	
Mario Gappnig	SPÖ	
Gabriele Hadl	GRÜNE	
Renate Haider	FPÖ	
Klaus Köfer	ÖVP	
Harald Josef Korak	FPÖ	ab 16:39 Uhr
Bernhard Lukasser	ÖVP	
Raphael Mack	ÖVP	
Alexander Maier	SPÖ	
Dieter Mikula	FPÖ	
Florian Pacher	FPÖ	
Sabine Scholl	ÖVP	

Ersatz-Gemeinderäte:

Martin Gressl	SPÖ	Vertretung für Frau Birgit Alberer
Harald Papitsch	GRÜNE	Vertretung für Herrn Erich Göbel
Robert Schandl	ÖVP	Vertretung für Herrn Christoph Neuscheller
Heidi Wieneröither	ÖVP	Vertretung für Herrn Mst. Christian Kolbitsch

Amtsleiter:

Ing. Stefan Pinter, BSc, MA

Amtsschriftführerin:

Melanie Wigoschnig, BA, MSc

Auskunftsperson:

Gregor Clar-Novak

zu TOP 4 und 5

Abwesende Personen:**Gemeinderatsmitglieder:**

Birgit Alberer	SPÖ	private Gründe
Erich Göbel	GRÜNE	private Gründe
Mst. Christian Kolbitsch	ÖVP	berufliche Gründe
Christoph Neuscheller	ÖVP	private Gründe

Vor Behandlung der Tagesordnung wird eine Fragestunde gem. §§ 46-49 K-AGO abgehalten

GV Pacher vom 23.07.2025 um 21:07 Uhr**Frage 1:**

Die Markierungen für die „ökologische Ausgleichsfläche“ entlang der Promenade umfassen einen deutlich größeren Bereich als ursprünglich skizziert und befinden sich sowohl vor dem Grundstück 996/4 als auch vor dem Grundstück 986/4. Was unternimmt die Gemeinde, damit dieses Projekt die Qualität der Promenade nicht noch tiefergehend negativ beeinträchtigt?

Antwort:

Ein Thema, das polarisiert – es war heute auch in der Kärntner Woche. Vielen Dank für Ihre Frage und dass ich das hier auch nochmal vorbringen darf betreffend der geplanten ökologischen Ausgleichsfläche in der Westbucht. Zunächst möchte ich betonen, dass es sich bei der geplanten ökologischen Maßnahme nicht um ein Projekt der Gemeinde Pörschach handelt. Aufgrund der Bedeutung für den Ort wurde das Vorhaben jedoch im Gemeindevorstand behandelt, damit die politischen Entscheidungsträger umfassend über die geplanten Maßnahmen informiert sind – so auch Sie Herr Pacher. Wie Sie richtig anmerken, sind die Markierungen vor Ort weiter gefasst als ursprünglich vom Land Kärnten in der Skizze dargestellt und umfassen auch den Bereich vor dem Grundstück 986/4. Ich habe diesen Umstand sehr wohl wahrgenommen und stand hierzu in engem Austausch mit den Projektverantwortlichen, der deshalb eine Neuplanung vornimmt.

Zusatzfrage GR Hadl:

Könnten Sie bitte mitteilen, für was diese Ausgleichsflächen geschaffen werden?

Antwort:

Die Maßnahme erfolgt auf Grundlage einer naturschutzfachlichen Vorgabe des Landes Kärnten und dient der Verbesserung des ökologischen Zustands des Wörthersees. In dem betroffenen Abschnitt wurde kein sehr guter Zustand festgestellt – insbesondere bei der Unterwasser- und Röhrichtvegetation. Ziel ist es, diesen Abschnitt ökologisch aufzuwerten, die Artenvielfalt zu fördern, die Wasserqualität zu verbessern und dem See seine natürlichen Funktionen zurückzugeben. Die Größe der Ausgleichsfläche ist davon abhängig wie viel der verbauten Stegflächen mittels Bescheids verlängert werden soll.

Zusatzfrage GV Pacher:

Wurden die bereits durchgeführten Vorarbeiten durch Hrn. Gallob bei der Standortauswahl der ökologischen Ausgleichsfläche berücksichtigt.

Antwort:

Ich habe heute mit dem Hrn. Gallob gesprochen und werde ich mich nochmal gemeinsam mit ihm und dem Projektverantwortlichen zusammenschließen. Hr. Gallob hat gesagt, dass er sehr viele Informationen hat und diese auch weitergibt damit die Umsetzung des Projektes insbesondere die Ausmaßgestaltung und die Bepflanzung bestmöglich erfolgt.

GV Pacher gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung ab und ersucht er um Auskunft darüber, weshalb dieses Projekt im Gemeinderat und nicht im Gemeindevorstand besprochen wurde. Hierzu erbittet er um die Aufklärung und damit die Wortübergabe an AL Pinter.

Die Vorsitzende gibt an, dass die Fragestunde ihr gilt und könne dies gerne im Anschluss an die Sitzung besprochen werden. Überdies müsse sich AL Pinter darauf vorbereiten können.

Frage 2:

Es gibt vielfache Beschwerden über verbotenes Baden am Landspitz, obwohl eine Security-Firma damit beauftragt ist, die Einhaltung der Verordnungen der Gemeinde sicherzustellen. Wie oft ist die beauftragte Security-Firma an dieser Problemstelle bisher eingeschritten (Information, Ermahnungen, Strafen...)?

Antwort:

Da es bis vor kurzem noch keine Rechtssicherheit für die Security-Firma gab, wurden hier keine Strafen ausgestellt. Ich darf klarstellen, dass wir bereits von Beginn an in engem Austausch mit der Polizei sowie mit der Security-Firma als Gemeinde standen, um eine geordnete Umsetzung der ortspolizeilichen Verordnungen zu gewährleisten. Aus diesem Grund wurde das Ordnungspersonal auch schon am 13.05.2025 mit gut sichtbaren Abzeichen und Ausweisen ausgestattet, um für Bürgerinnen und Bürger als autorisierte Ansprechpartner erkennbar zu sein. Letztstand ist, dass die Security Firma vor kurzen die noch ausstehende Rückmeldung von der BH erhalten hat, dass die ortspolizeiliche Verordnung im System eingespielt ist und die offenen Fragen somit beantwortet. Der nächste Schritt ist, dass die Security-Firma eine Einschulung der BH Hermagor bekommt, die für ganz Kärntner zuständig ist, und sobald dies erfolgt ist, werden sie auch aktiv die ortspolizeiliche Tätigkeit durchführen. Die beanspruchten Stunden aus dem Stundekontingent wurden deshalb derzeit nicht für die Kontrolle der Grünanlagenverordnung, sondern für die Parkraumüberwachung genutzt.

Zusatzfrage GV Pacher:

Was hat die Gemeinde dahingehend getan?

Antwort:

Wie bereits gesagt – die Security-Firma hat aufgrund der fehlenden Rechtssicherheit keine Strafen ausstellen dürfen und natürlich haben wir auch mit der Polizei gesprochen. Diese hat gesagt, dass sie bereits einmal mit einem solchen Vorfall konfrontiert gewesen ist und in keiner der Gemeinden – egal ob mit oder ohne eigenen Gemeindewachkörper – ist die Bundespolizei befugt, ermächtigt oder verpflichtet, dies zu vollziehen. Deshalb wurde bisher nicht abgestraft, weil die Polizei nicht eingeschritten ist und die Security-Firma die Rechtsauskunft noch abwarten musste.

GR Haider vom 23.07.2025 um 21:43 Uhr

Frage 1:

Mit der Einführung der "Wohnungsvergaberichtlinie" durch die Bürgermeisterin wurde auch die bis dahin geführte Warteliste aufgelöst. Um dennoch zu erfahren, wie viele Personen sich für Wohnungen in Pörschach bewerben, ergehen folgende Fragen:

- Wie viele individuelle Personen bzw. Familien haben sich seit 1.1.2022 für eine der von der Gemeinde ausgeschriebenen Wohnungen beworben?

Antwort:

Seit 01.01.2022 haben sich rund 260 Personen beworben.

Zusatzfrage GR Hadl:

Es haben sich 206 Personen beworben – wie wurden die ausgewählt?

Antwort:

Die Personen wurden nicht ausgewählt, die Wohnungen wurden in der Pörschacher Zeitung ausgeschrieben und haben sich diese Personen darauf beworben.

Zusatzfrage GR Haider:

Weiß man auch auf wie viele Wohnungen sich die Bewerber beworben haben?

Antwort:

Das liegt mir aktuell nicht vor.

Frage 2:

Was war in diesem Zeitraum die Durchschnittsanzahl der erreichten Punkte laut dem von der Bürgermeisterin eingeführten Punktesystem?

Antwort:

Im besagten Zeitraum lag die Durchschnittliche Punkteanzahl bei 102. Ich möchte aber nochmal auf ein Gespräch mit GR Haider und GV Gappnig hinweisen, in dem über die bestmögliche Vergabe der Wohnungen gesprochen haben.

Zusatzfrage GR Mack:

Was ist das Maximum, welches man in diesem Punktesystem erreichen kann.

Antwort:

Dies kann ich ad hoc nicht beantworten.

GR Hadl vom 23.07.2025 um 23:19 Uhr

Frage 1:

In der letzten GR Sitzung und in der Jahresvorschau wurde uns für die nächste Sitzung ein September Termin genannt. Warum wurde es nötig, doch noch eine im Juli einzuberufen?
Avisierte Zusatzfrage:

Antwort:

Tatsächlich wurde in der letzten Gemeinderatssitzung sowie in der Jahresvorschau ein regulärer Sitzungstermin im September angekündigt. Zu diesem Zeitpunkt war nicht absehbar, dass eine zusätzliche Gemeinderatssitzung im Juli notwendig werden würde. Der heutige Termin wurde kurzfristig erforderlich, da wir bis Ende Juli eine Rückmeldung der ÖBB geben müssen, wenn wir das wesentlich bessere Angebot als im RBL-Ausschuss besprochenen Angebot annehmen wollen. Es geht konkret um die Kreuzung in der Werftenstraße – die bereits im Herbst in die Umsetzungsplanung geht. Eine zeitnahe Entscheidung war daher unerlässlich, um keine Verzögerung im Ablauf zu riskieren und eine kostengünstigere Umsetzung für die Gemeinde zu gewährleisten. Ich habe auch bereits in der letzten GR-Sitzung gesagt, dass ich in dringenden Fällen zu einer Sitzung einladen werde.

Zusatzfrage GV Pacher:

Warum stelle Sie nicht allen Fraktionen dieselben Informationen zur Terminplanung zur Verfügung sondern agieren parteiisch, da zumindest eine Partei vor Einladung der außertourlichen Sitzung informiert wurde?

Antwort:

Da kann man nicht von parteiisch sprechen, sondern hat es sich hierbei nur um ein Gespräch gehandelt, in dem das angefügt wurde.

Zusatzfrage GR Hadl:

Seit wann sind der Bürgermeisterin die Fristen für das ÖBB-Abkommen bekannt (im RBL Ausschuss wird dies seit zumindest einem halben Jahr thematisiert)?

Antwort:

Ja. Es stimmt, dass im RBL-Ausschuss bereits seit etwa einem Jahr über das Projekt grundsätzlich positiv beraten wurde – dafür danke ich ausdrücklich allen Ausschussmitgliedern und vor allem dem Ausschussobmann, Hrn. Oliver Faeser, der hierbei auch sehr viele Gespräche geführt hat. Allerdings war eine konkrete Finanzierungsplanung für die Gemeinde erst nach Vorlage des offiziellen Vertragsdokuments der ÖBB und der darin enthaltenen Zahlen möglich. Auf dieser Basis konnte der Gemeindevorstand eingebunden und die heutige Sitzung vorbereitet werden. Den aktuellen Vertrag habe ich erst im Juni erhalten und danach sofort alle Schritte eingeleitet um die notwendigen internen und externen Abstimmungen damit

zu beginnen. Erst nach den Gesprächen und Rückmeldungen vom Land konnte ich für heute den Gemeinderat die dazu wichtige Informationen vorlegen.

Frage 2:

Villa Rapatz Abriss/Neubau eines anderen Gebäudes an Stelle des Gemeindewohnhauses: Eine Machbarkeitsstudie sollte laut Definition u.a. Informationen zur zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Faktoren beinhalten.

Die vom Gemeindevorstand zwei Mal an die selbe Firma vergebenen Studien in der Höhe von insgesamt ca. 30.000 Euro enthielten diese Informationen nicht und waren noch dazu technisch unzureichend, wie das Land Kärnten feststellte, weswegen nun eine weitere Studie in Auftrag gegeben werden muss. Warum wurde diese Firma ausgewählt? (Anm. Hier ist explizit nicht gefragt wer wann und wie die Vergabe beschlossen hat sondern der Grund warum diese und nicht eine andere.)

Antwort:

Vorweg möchte ich klarstellen, dass die Machbarkeitsstudie im Zusammenhang mit der Villa Rapatz bzw. dem geplanten Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Grundstück des Gemeindewohnhauses keine 30.000,- Euro gekostet hat. Insgesamt wurden der Gemeinde 14.400,- Euro in Rechnung gestellt. Die Beauftragung der betreffenden Firma erfolgte vor dem Hintergrund, dass wir zu diesem Zeitpunkt eine fundierte Grundlage benötigten, um überhaupt abschätzen zu können, ob die Errichtung einer KITA an diesem Standort technisch und räumlich realisierbar ist und die gewählte Firma sich in unserem Gemeindegebiet sehr gut auskennt. Die Auswahl der Firma erfolgte deshalb, weil sie kurzfristig in der Lage war, eine erste fundierte Einschätzung zur Machbarkeit der KITA an diesem sensiblen Standort zu liefern und ohne diese Vorarbeit wäre eine sachliche Weiterverfolgung des Projekts nicht möglich gewesen. Denn ohne eine solche erste Machbarkeitsstudie hätte es keine gesicherte Entscheidungsgrundlage gegeben, ob dieses Grundstück als Standort in Frage kommt und ich hätte beim Termin mit LR Fellner nichts vorweisen können. Die nun zu beauftragenden weiterführenden Planungsleistungen von einem Architekten, die heute im Gemeinderat beschlossen werden sollen, können auf diesen bereits vorliegenden Unterlagen aufbauen. Dadurch verringert sich der zukünftige Planungsaufwand, was sich auch kostenschonend auswirkt.

Zusatzfrage GV Pacher:

Warum wurde nicht darauf geachtet im ersten Entwurf der Machbarkeitsstudie, dass im Vorfeld eine Abstimmung im Sinne des K-KBBG und mit dem derzeitigen oder zukünftigen Betreiber?

Antwort:

Wir waren im ständigen Austausch mit dem Land Kärnten und haben alle möglichen Variationen besprochen. Schließlich sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass ein Neubau die beste Lösung für unsere Gemeinde ist. Wir haben im ersten Versuch probiert gemeinsam mit einer Genossenschaft etwas zu verwirklichen, was auch Wohnungen inkludiert hätte. Im zweiten Versuch sind keine Wohnungen, sondern nur mehr die Kita geplant. Zu Beginn war es wichtig zu wissen, ob das Grundstück groß genug ist, und ob wir die Grünfläche überhaupt unterbringen können. Ziel war es auch mit den notwendigen Unterlagen bei Landesrat Fellner vorzusprechen, um ihm zu erklären, was von der Gemeinde angestrebt wird. Aufgrund dessen sind wir jetzt einen Schritt weiter und kann auf dieser Machbarkeitsstudie auch zukünftig aufgebaut werden.

Zusatzfrage GR Hadl:

Wie kann auf die erste Studie aufgebaut werden.

Antwort:

Wir haben die zweite Machbarkeitsstudie gemacht, weil die erste nicht umsetzbar ist derzeit. Wir können gerne beim Tagesordnungspunkt gerne noch mehr darüber diskutieren und auch schauen, dass wir noch offene Fragen beantworten können. Natürlich habe ich auch ein Gespräch mit der Kita gehabt, in dem ich sie gebeten habe, dass sie sich die Machbarkeitsstudien, die wir gemacht haben, anschauen und dahingehend Rückmeldungen geben, da es in der Praxis manchmal anders ist, als es am Schreibtisch gezeichnet wird.

Arbeiten müssen die Pädagogen in diesem Haus und deshalb habe ich die Verantwortlichen dazu ersucht sich darüber Gedanken zu machen und uns als Gemeinde diese mitzuteilen. Um diese dann unter Bedacht der bestehenden Gesetze und gemessen an der zur Verfügung stehenden Fläche miteinfließen zu lassen.

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO
3. Richtigstellung der Niederschrift der 26. GR-Sitzung vom 24.06.2025

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes

4. Antrag an den Gemeinderat - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörschach
5. Antrag an den Gemeinderat - Selbstständiger Antrag des Gemeindevorstandes - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörschach
6. Antrag an den Gemeinderat - Beauftragung architektonische Detailplanung für Ausschreibung KITA NEU Kirchweg

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Raumplanung, Bau und Lärmschutz

- 6.1. Antrag an den Gemeinderat - Förderungsvertrag zur Fenstersanierung der Pfarrkirche Pörschach
8. Allfälliges
9. Bericht Bürgermeisterin
10. Anfragen und Anträge

Verlauf der Sitzung

I. Öffentlicher Teil der Sitzung, Beginn 16:55 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die GemeinderätInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiters berichtet sie, dass die Einladung ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der K-AGO kundgemacht wurde.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 6.1. „Antrag an den Gemeinderat - Förderungsvertrag zur Fenstersanierung der Pfarrkirche Pörschach“ zu erweitern.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Renate Haider, Klaus Köfer Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl, Martin Gressl,

Gegenstimme (1)

Gabriele Hadl,

2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO

Die Vorsitzende stellt den Antrag, die Mitglieder Sabine Scholl und Martin Gressl gemäß § 45 Abs. 4 K-AGO für die Unterfertigung zu bestellen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Gegenstimme (1)

Martin Gressl

3. Richtigstellung der Niederschrift der 26. GR-Sitzung vom 24.06.2025

GV Pacher stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung, den Tagesordnungspunkt 3 „Richtigstellung der Niederschrift der 26. GR-Sitzung vom 24.06.2025“ vor den Tagesordnungspunkt 6. „Antrag an den Gemeinderat – Beauftragung architektonische Detailplanung für Ausschreibung KITA NEU Kirchweg“ zu verschieben.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (9)

Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Papitsch, Martin Gressl

Gegenstimme(n) (10)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Am 23.07.2025 hat GV Pacher 10 Richtigstellungsbegehren zur 26. GR-Sitzung eingebracht. Nach Rücksprache mit den zuständigen Protokollfertigern, wurde 4 Richtigstellungen zugestimmt und müssen nun die restlichen 6 abgestimmt werden.

Nr.	ALT	NEU
1	Seite 5, bei Frage 2 vom 17.06.2025: Kann die Schriftführung mit der Tonbandaufnahme auch zeitersetzt stattfinden?	Seite 5, bei Frage 2 vom 17.06.2025: Könnte die Protokollerstellung durch die Tonbandaufnahme auch zeitersetzt stattfinden?

2	<u>Seite 14, bei TOP 9.:</u> GV Pacher betont, dass aus seiner Sicht dieses Projekt nicht gut geplant sei und stellt er diesem Tagesordnungspunkt seine Ablehnung in Aussicht, da bereits seit mehreren Jahren nach einer Lösung für die Kita gesucht wird und sie nun dort nicht errichtet wird. Anschließend beschreibt GV Pacher die dahingehende Vorgehensweise der letzten Jahre. Letztlich kritisiert er, dass der Gemeinderat erst sehr spät darauf hingewiesen wurde, dass dort keine leistbaren Wohnungen, sondern Miet-/Kaufwohnungen errichtet werden. Schließlich soll dort nun auch die Kita nicht errichtet werden und ist laut Raumplaner auch keine Änderung des TBP notwendig. Sodann erklärt Fr. Peyker GV Pacher, dass dies nicht den Tatsachen entspricht, da keine Miet-/Kaufwohnungen, sondern leistbare Mietwohnungen in der Seeuferstraße von der VKS errichtet werden, was wiederum durch den Baurechtsvertrag gewährleistet wird.	<u>Seite 14, bei TOP 9.:</u> GV Pacher betont, dass aus seiner Sicht dieses Projekt nicht gut geplant sei und stellt er diesem Tagesordnungspunkt seine Ablehnung in Aussicht. Anschließend beschreibt GV Pacher die aus seiner Sicht unvorteilhafte Vorgehensweise der letzten Jahre. Insbesondere kritisiert er, dass die Gemeinde erst sehr spät darauf hingewiesen wurde, dass dort keine Mietwohnungen, sondern Mietkaufwohnungen errichtet worden wären und dass nur durch den Kauf durch die Gemeinde schließlich doch noch Mietwohnungen sichergestellt werden konnten. Schließlich werde dort nun auch die Kita nicht errichtet und sei es für ihn nicht nachvollziehbar, dass laut Raumplaner auch keine Änderung des TBP notwendig wäre, obwohl es darin eine der wesentlichen Begründungen für die Umwidmung war. Sodann erwidert Fr. Peyker GV Pacher, dass dies nicht den Tatsachen entspreche , da keine Mietkaufwohnungen , sondern leistbare Mietwohnungen in der Seeuferstraße von der VKS errichtet werden, was wiederum durch den Baurechtsvertrag gewährleistet wird.
3	<u>Seite 17, Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung:</u> Aus welcher hervorgeht, dass sämtliche Gemeindemandatare nach Ablegung ihres Gelöbnisses ihre Entscheidungen in ihrer Funktionsausübung nach bestem Wissen und Gewissen zur Förderung des Wohles der Gemeinde zu treffen haben.	<u>Seite 17, Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung:</u> Aus welcher hervorgeht, dass sämtliche Gemeindemandatare nach Ablegung ihres Gelöbnisses ihre Entscheidungen in ihrer Funktionsausübung nach bestem Wissen und Gewissen zur Förderung des Wohles der Gemeinde zu treffen haben und dass die Teilnahme an Sitzungen in einem offensichtlichen Zustand der Trunkenheit jedenfalls nicht der Förderung des Wohles der Gemeinde dient.
4	<u>Seite 18, bei TOP 11:</u> GV Pacher berichtet über eine Erhebung im Zuge welcher festgestellt worden sei, dass zu wenige Defibrillatoren für die Öffentlichkeit zugänglich sind.	<u>Seite 18, bei TOP 11:</u> GV Pacher berichtet über eine Erhebung im Zuge welcher festgestellt worden sei, dass es zwar Defibrillatoren im Gemeindegebiet gibt, aber keinen für die Öffentlichkeit zugänglichen.
5	<u>Seite 22, bei TOP 15.:</u> GV Pacher teilt nicht den Gedanken, dieses Gebäude einer Sanierung zu unterziehen und anschließend die Kita dort anzusiedeln. Gleichwohl spricht er sich jedoch für die Anbringung einer Plakette gemeinsam mit Hrn. Napetschnig aus.	<u>Seite 22, bei TOP 15.:</u> GV Pacher teilt nicht den Gedanken, dieses Gebäude einer Sanierung zu unterziehen. Er schlägt vor, eine Plakette zur Erinnerung an die Schenkung durch Frau Anna Semmelrock-Werzer, die gemeinsam mit Hrn. Napetschnig gestaltet werden sollte, anzubringen.
6	<u>Seite 24 und 25, bei TOP 3.:</u>	<u>Seite 24 und 25, bei TOP 3.:</u> Richtigstellungen 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 streichen

GV Pacher ersucht um Auskunft, ob die Tonbandaufnahme von den Protokollfertigern angehört wurde. Die Vorsitzende erklärt sodann, dass die Tonbandaufnahme nur bei sinnverändernden Richtigstellungen herangezogen wurde. Schließlich zieht GV Pacher sein 1. Richtigstellungsbegehren zurück.

Die Vorsitzende bringt die 2. Richtigstellung von GV Pacher zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (5)

Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (13)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Enthaltung(en) (1)

Martin Gressl,

Zu Richtigstellung 3 gibt GV Pacher an, dass er aus einer Aufsichtsbeschwerde des Landes Kärnten vorgelesen habe und es für ihn nicht nachvollziehbar sei, dass die Kernaussage nicht dokumentiert worden sei.

Die Vorsitzende bringt die 3. Richtigstellung von GV Pacher zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Papitsch,

Gegenstimme(n) (5)

Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Enthaltung(en) (2)

Raphael Mack, Martin Gressl,

GV Pacher zieht sein 4. Richtigstellungsbegehren zurück.

Zu Richtigstellung 5 Pacher beschreibt, dass im Ursprungstext Fr. Anna Semmelrock-Werzer nicht erwähnt wurde. Jedoch war der Grundgedanke hierbei jener an sie mit der Plankette zu erinnern.

Die Vorsitzende bringt die 5. Richtigstellung von GV Pacher zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (14)

Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Harald Papitsch,

Gegenstimme(n) (4)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Klaus Köfer, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Enthaltung(en) (1)

Martin Gressl,

GV Pacher zieht sein 6. Richtigstellungsbegehren zurück.

Am 23.07.2025 hat GR Hadl ein Richtigstellungsbegehren zur 26. GR-Sitzung eingebracht. Nach Rücksprache mit den zuständigen Protokollfertigern, wurde dieser Richtigstellung nicht zugestimmt und muss nun darüber der Gemeinderat abstimmen.

Nr.	ALT	NEU
1	Seite 5, bei Frage von GR Hadl vom 17.06.2025 um 23:45 Uhr: In der letzten GR Sitzung im April sagte die BGMin selbst auf genaue Nachfrage nur, der Letztstand des Lagunen-Verfahrens sei "der Bescheid.	Seite 5, bei Frage 2 vom 17.06.2025: Zu Buberleemoos: Die Bürgermeisterin ist seit 2022 per einstimmigem GR Beschluss dazu angehalten, dem GR zu Buberleemoos Verfahren zu berichten. Bisher hat sie das von sich aus noch nie getan, sondern GR Mitglieder mussten von ihrem Fragerecht Gebrauch machen. Selbst dann sind ihre Antworten nicht sehr inhaltsreich. In der letzten GR

	Sitzung im April sagte die BGMin selbst auf genaue Nachfrage nur, der Letztstand des Lagunen-Verfahrens sei "der Bescheid."
--	---

GR Hadl beschreibt, dass von Seiten der Gemeindeaufsicht festgestellt wurde, dass eine Einleitung bei Fragen in der Fragestunde erlaubt seien. Jedoch zieht sie ihr Richtigstellungsbegehren anschließend zurück und bringt eine abgeänderte Version ein. Diese lautet wie folgt:

ALT	NEU
Seite 5, bei Frage von GR Hadl vom 17.06.2025 um 23:45 Uhr: In der letzten GR Sitzung im April sagte die BGMin selbst auf genaue Nachfrage nur, der Letztstand des Lagunen-Verfahrens sei "der Bescheid."	Seite 5, bei Frage 2 vom 17.06.2025: Zu Buberlemons: In der letzten GR Sitzung im April sagte die BGMin selbst auf genaue Nachfrage nur, der Letztstand des Lagunen-Verfahrens sei "der Bescheid." Was sie nicht sagte: der Bescheid war nicht rechtskräftig, denn er war bereits ein gutes Vierteljahr vor dieser Auskunft beeinsprucht worden. Seit wann ist dies der Bürgermeisterin bekannt?

Die Vorsitzende bringt die Richtigstellung von GR Hadl zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (14)

Mag. Sebastian Dernoschnig, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Gegenstimme(n) (4)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Klaus Köfer,

Enthaltung(en) (1)

Martin Gressl,

Anschließend stellt GR Hadl einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und bringt im Zuge dessen eine weitere Richtigstellung ein. Diese lautet wie folgt.

ALT	NEU
Seite 30, TOP 19: Beschluss: mehrheitlich abgelehnt. Abstimmungsergebnis: Dafür-Stimmen (4) Gabriele Hadl, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Gegenstimme(n) (15) Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Renate Haider, Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Alexander Maier, Sabine Scholl, Herbert Paulitsch,, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither,	Seite 30, TOP 19: Beschluss: mehrheitlich abgelehnt. Abstimmungsergebnis: Dafür-Stimmen (3) Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Gegenstimme(n) (16) Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Alexander Maier, Sabine Scholl, Herbert Paulitsch,, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither,

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsbehandlung und ersucht er um eine weitere Richtigstellung – nämlich die folgende:

ALT	NEU
Seite 30, TOP 19: Beschluss: mehrheitlich abgelehnt. Abstimmungsergebnis: Dafür-Stimmen (3) Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Gegenstimme(n) (16) Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Raphael Mack, Alexander	Seite 30, TOP 19: Beschluss: mehrheitlich abgelehnt. Abstimmungsergebnis: Dafür-Stimmen (4) Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Gegenstimme(n) (15) Mag. Silvia Häusl-Benz, Birgit Alberer, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer,

Anschließend unterbricht die Vorsitzende die Sitzung von 17.12 bis 17.13.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt die Vorsitzende, dass es sehr unkollegial sei, wenn innerhalb der Sitzung noch Richtigstellungen eingebracht werden.

Die Vorsitzende bringt die Richtigstellung von GR Hadl zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Enthaltung(en) (1)

Martin Gressl,

Die Vorsitzende bringt die Richtigstellung von GV Pacher zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Enthaltung(en) (1)

Martin Gressl,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes

4. Antrag an den Gemeinderat - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörschach

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung den Tagesordnungspunkt 9. „Antrag an den Gemeinderat - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörschach“ und den Tagesordnungspunkt 10. „Antrag an den Gemeinderat - Selbstständiger Antrag des Gemeindevorstandes - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörschach“ gemeinsam zu beraten.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl, Martin Gressl,

Sachverhalt:

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 03.07.2024 wurde der Grundsatzbeschluss getroffen das Projekt „Auflösung Eisenbahnkreuzung Goritschacher Weg und Errichtung der Radwegvariante 4 – Unterführung Goritschacherweg“ weiter zu verfolgen.

Aufgrund der neuen Bundesregierung bestehen aktuell keine entsprechenden Bundesförderungen, um das Projekt finanzieren zu können. Aufgrund dessen, hat die ÖBB die im Übereinkommen dargestellte Alternativvariante vorgeschlagen, mit welcher die Gemeinde keinerlei Kosten tragen müsste.

Ziel dieses Übereinkommens ist die Erneuerung der Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 136,496 (Werftenstraße), Auflassung der Eisenbahnkreuzungen in Bahn-km 138,115 (Goritschacherweg) und Bahn-km 140,073 (Moosburgerstraße) und Neuerrichtung einer Radwegunterführung.

Gemäß der am 01.09.2012 in Kraft getretenen Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 (kurz „EisbKrV 2012“ genannt) sind gemäß den Übergangsbestimmungen (§ 102 Abs. 1) bei Eisenbahnkreuzungen mit Straßen und Wegen innerhalb von sieben Jahren ab Inkrafttreten der EisbKrV 2012 Überprüfungen durchzuführen.

In der Gemeinde Pörschach am Wörthersee befindet sich die gemäß § 8 EKVO 1961 technisch gesicherte Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 136,496 mit der Gemeindestraße „Werftenstraße“ der ÖBB-Strecke Bleiburg - Innichen.

Am 19.10.2021 wurde die Eisenbahnkreuzung durch die zuständige Eisenbahnbehörde hinsichtlich der Art der Sicherung amtswegig nach den Übergangsbestimmungen der EisbKrV 2012 überprüft und verhandelt. Als Ergebnis dieser Verhandlung ordnete die Eisenbahnbehörde die Sicherung der Eisenbahnkreuzung gemäß § 4 Abs 1 Z 4 EisbKrV 2012 als Lichtzeichen mit Schranken an (Bescheid vom 03.06.2022, GZ. BMVIT- 2021-0.255.327).

Weiters bestehen im Gemeindegebiet Pörschach am Wörthersee in Bahn-km 138,115 (Gemeindestraße „Goritschacherweg“) und Bahn-km 140,073 (Gemeindestraße „Moosburgerstraße“) der ÖBB-Strecke Bleiburg - Innichen, schienengleiche Eisenbahnkreuzungen, die gemäß § 4 Abs 1 Z 4 EisbKrV 2012 durch eine Schrankenanlage mit Lichtzeichen gesichert sind. Über die Eisenbahnkreuzungen in Bahn-km 136,496 und Bahn-km 138,115 führt der überregionale Radweg R4 (Wörthersee Radweg). Die Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 138,115 wird daher sehr stark und überwiegend von Fußgängern und Radfahrern frequentiert. Dies führte bereits wiederholt zu Konflikten aufgrund von langen Schließzeiten der Schrankenanlage.

Die Vertragspartner beabsichtigen daher im Interesse einer weiteren Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie einer Verbesserung der Leichtigkeit und Flüssigkeit des überregionalen Radverkehrs die bestehende Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 138,115 aufzulassen. Als Ersatzmaßnahme soll für den Geh- und Radverkehr eine Radwegunterführung in Bahn-km 138,048 errichtet werden. Aufgrund der Auflassung der Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 138,115 wird die Errichtung einer Wegeinbindung zur Aufrechterhaltung der Zufahrtsmöglichkeit zum Bauhof der Gemeinde Pörschach in die B83 Kärntner Straße erforderlich. Ergänzend ist auch die bestehende Bushaltestelle lagemäßig zu verlegen. Die Errichtung der neuen Zufahrtsstraße zum Bauhof ist jedoch nicht Bestandteil dieses Projekts/Übereinkommens und ist durch die Gemeinde zu realisieren. Außerdem soll aus Gründen der Erhöhung der Verkehrssicherheit die Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 140,073 aufgelassen werden. Dies ermöglicht im Anschluss daran zusätzlich die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen. Im Bereich der Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 140,073 ist das bestehende Wegenetz ausreichend leistungsfähig und die Umwege für die Verkehrsteilnehmer zumutbar.

Es wird festgehalten, dass sich durch die Auflassung der Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 140,073 ein Kostenvorteil sowohl für das Eisenbahnunternehmen als auch für die Gemeinde als Trägerin der Straßenbaulast ergibt. Der der ÖBB-Infra entstehende Kostenvorteil wird als erhöhter Kostenbeitrag, für die in diesem Übereinkommen geregelten Investitionen, zugunsten der Gemeinde eingebracht.

In der 33. RBL-Sitzung hat sich der Ausschuss entscheiden, die bereits im Gemeinderat am 03.07.2024 beschlossene Variante ohne Auflösung der EK Moosburgerstraße umzusetzen.

Die Vorteile eines Pauschalbetrages, die 50% Kostenübernahme der Netto=Brutto Kosten, sowie die Aufteilung der Kosten auf 5 Jahre überwiegen, obwohl eine Finanzierung nur mit Fremdkapital möglich ist.

Mit Schreiben vom 03.07.2025 wurde der Gemeinde das überarbeitete Übereinkommen vorgelegt. Der schlussendlich ausverhandelte Pauschalanteil der Gemeinde liegt bei € 392.850,00 brutto/netto und kann auf die Jahre 2025 – 2029 aufgeteilt abbezahlt werden.

Für die Auflassung der EK Goritschacherweg und der Erneuerung der EK Werftenstraße können EK-Förderungen nach dem FAG 2024 in Höhe von rund 53.800,-- beantragt werden.

Ein entsprechender Finanzierungsplan wurde am 15.07.2025 dem zuständigen Revisor zur Genehmigung vorgelegt und werden die Kosten wie folgt getilgt:

- Ratenzahlung Projekt ÖBB von 2025 bis 2029
- BZ 2025 € 50.000,--; 2026 € 20.000,--; 2027 € 76.200,--; 2028 € 100.000,--; 2029 € 92.850,--;
- EK Förderung FAG 2026 € 30.000,--; 2027 € 23.800,--
- Grundankauf für Zufahrt zum WIHOF mittels Regionalfond mit 1% - sind auf 8 Jahre ca. € 22.000,--/Jahr;

Bezüglich der Bauhofzufahrt liegt ein Kaufangebot für 900 m² (+/- 10%) des Grundstückes 92, KG 72164 zu einem Kaufpreis von € 112,--/m² brutto exkl. Vermessungskosten und Kaufnebenkosten vor. Es muss somit von einem max. Kaufpreis von ca. €111.000,-- brutto ausgegangen werden. Die Kaufnebenkosten betragen rund € 12.500,-- (ca. € 5.000,-- Vermessungskosten und ca. € 7.700,-- Notarkosten)

Das grundbücherlich gesicherte Recht auf „Gehen und Fahren“ für das Grundstück 93/1, KG 72164 wird bei der Teilung und somit im Kaufvertrag der Gemeinde übernommen.

Um das Projekt vor Ablauf der Bescheidfrist umsetzen zu können, muss das Übereinkommen bis 01.08.2025 abgeschlossen werden.

Der Gemeindevorstand hat einstimmig dem Finanzierungsplan und der ÖBB-Vereinbarung zugestimmt, wurde jedoch beschlossen vom Grundstückskauf zum aktuellen Zeitpunkt Abstand zu nehmen, da eine Zufahrt auch ohne Ankauf zukünftig gesichert ist.

Die Vorsitzende übergibt das Wort an die Auskunftspersonen Hrn. Lenzhofer und Hrn. Clar-Novak und präsentiert zweiterer anschließend die bisherigen Varianten und den Endbetrag des Projektes.

GR Dernoschnig erkundigt sich bei der Auskunftsperson wie es um die Eisenbahnkreuzung bei der Moosburger Straße steht da durch die Koralmbahn die Schließzeiten erhöht sind und mit der Auflassung ein Ortsteil ausgeschlossen werden würde. Daraufhin erklärte Herr Clar-Novak, dass für jede Strecke ein Streckenentwicklungsplan erstellt wird, auch wird der Bereich zwischen Klagenfurt bis Villach überarbeitet und erfolgt in diesem Zusammenhang auch eine Betrachtung dieser Kreuzung. Weiteres gibt Hr. Clar-Novak an, dass dort eine Unterführung für den PKW-Verkehr undenkbar wäre und weist er zudem darauf hin, dass ein Weg von rund 2 km grundsätzlich möglich wäre. Die Planung ist hier jedoch erst am Beginn

GV Pacher bekundet seinen Dank gegenüber der ÖBB, dass der Bahnübergang beim Joainig nicht aufgelassen wurde, da in naher Zukunft dort sehr viele Wohnungen errichtet werden sollen und diese anschließend abgeschnitten werden würden. Bezüglich der Moosburger Straße, die auch soeben besprochen wurde, gibt GV Pacher an, dass es trotz der erhöhten Schließzeit ein Irrsinn gewesen wäre, diese aufzulösen. Zudem empfindet er es als positiv, dass der angedachte Grundstückskauf vertagt wurde und die dahingehenden Verhandlungen weitergeführt werden. Er stellt jedoch abschließend fest, dass für die Eisenbahnkreuzung bei der Moosburger Straße eine Lösung erarbeitet werden muss.

GR Hadl bekundet ihren Dank gegenüber dem Ausschussobmann des RBL und den mitwirkenden Kollegen. Sie ist begeistert darüber, wie gut gemeinschaftlich ein Ergebnis erzielt werden konnte. Schließlich erkundigt sie sich über den aktuellen Stand der Eisenbahnkreuzung bei der Werftenstraße und wie der Zeitplan beim Goritschacherweg sein

würde. Sie schließt sich betreffend dem Grundstückskauf GV Pacher an und würde sie gemeinschaftliche und transparente Verhandlungen hierzu wünschen. GR Hadl ersucht um Auskunft darüber, wann das vorliegende Angebot der Gemeinde übermittelt wurde. Hr. Clar-Novak erklärt, dass bezüglich der Eisenbahnkreuzung in der Werftenstraße mittels Bescheides eine vierteilige Schrankenanlage angeordnet wurde, welche zukünftig über die gesamte Straßenbreite reichen wird. Die Umsetzung wird aktuell bereits vollzogen und soll die Schrankenanlage im Herbst dieses Jahres in Betrieb genommen werden können. Bezüglich dem Goritschacherweg weist Hr. Clar-Novak daraufhin, dass die Einreichplanung nun gestartet wird und ist der Baustart geplant für Herbst 2026. Das voraussichtliche Ende sollte vor Beginn der Radsaison 2027 sein. Ergänzend dazu gibt Hr. Lenzhofer betreffend dem Goritschacherweg an, dass die Grundlage der Sicherungsbescheid ist, welcher eine Umsetzung bis Ende 2025 erfordert. Dies begründet wiederum die Dringlichkeit diese Vereinbarung heute zu beschließen, da damit um Fristerstreckung beim zuständigen Ministerium ersucht werden kann.

Hr. Clar-Novak gibt ergänzend an, dass das Schreiben, welches das vorliegende Angebot beinhaltet, am 03.07.2025 der Gemeinde zugestellt wurde.

Hr. Lenzhofer weist noch ausdrücklich darauf hin, dass in der vorliegenden Vereinbarung ein Passus betreffend der Schneeräumung inkludiert sei, welcher nicht zutreffend ist. Deshalb wurde eine dahingehende überarbeitete Vereinbarung mitgebracht und sollte stattdessen diese unterfertigt werden.

GV Pacher erkundigt sich, wie sich die Kostenaufteilung auf die nachfolgenden 5 Jahre ergeben hat. Hr. Lenzhofer beschreibt, dass dies der Vorschlag der ÖBB gewesen sei und die Kostenaufteilung in mehreren Gesprächen betrachtet wurde. Kostenteilungen können im Rahmen von 5 Jahren variiert werden.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Finanzierungsmöglichkeit und die Zusammenarbeit. Die Vorsitzende gibt nochmals an, dass der besagte Passus hinsichtlich der Schneeräumung rausgenommen wird und entgegen dem vorliegendem Vertrag in Session der neue Vertrag, welchen die Auskunftspersonen der ÖBB mitgebracht haben, ohne den Schneeräumungspassus unterfertigt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Übereinkommen zur Erneuerung der Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 136,496- (Werftenstraße) und Auflassung der Eisenbahnkreuzungen in Bahn-km 138,115 (Goritschacherweg), sowie Neuerrichtung einer Radwegunterführung in Bahn-km 138,048 samt Radweganschlüsse und Wegeinbindung in die B83 Kärntner Straße, ÖBB-Strecke Bleiburg - Innichen zwischen der Gemeinde Pörtlach am Wörther See, der ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft und Land Kärnten (Abteilung 7) zu. Die Pauschale von € 650.000,-- bis max. € 740.000,-- netto/brutto wird über 5 Jahre finanziert.

Beschluss: einstimmig abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimme(n) (19)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Martin Gressl, Harald Papitsch, Robert Schandl, Heidi Wieneroither,

5. Antrag an den Gemeinderat - Selbstständiger Antrag des Gemeindevorstandes - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörtlach

Sachverhalt:

Inhaltlich bezieht sich der Tagesordnungspunkt auf den Akt BT/010/2025 – Antrag an den Gemeinderat - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörtlach.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5 „Antrag an den Gemeinderat - Selbstständiger Antrag des Gemeindevorstandes - ÖBB Übereinkommen zum Projekt Eisenbahnkreuzungen Pörschach“ behandelt.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Übereinkommen zur Erneuerung der Eisenbahnkreuzung in Bahn-km 136,496- (Werftenstraße), Auflassung der Eisenbahnkreuzungen in Bahn-km 138,115 (Goritschacherweg) und Neuerrichtung einer Radwegunterführung in Bahn-km 138,048 samt Radweganschlüsse und Wegeinbindung in die B83 Kärntner Straße, ÖBB-Strecke Staatsgrenze n. Bleiburg – Spittal – Millstättersee zwischen der Gemeinde Pörschach am Wörther See, der ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft und Land Kärnten (Abteilung 9) zu. Die Pauschale von 392.850,-- netto/brutto wird über 5 Jahre finanziert.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Martin Gressl, Harald Papitsch, Robert Schandl, Heidi Wieneroither,

Die Sitzung wird anschließend von 17.44 Uhr bis 17.56 Uhr unterbrochen.

6. Antrag an den Gemeinderat - Beauftragung architektonische Detailplanung für Ausschreibung KITA NEU Kirchweg

Sachverhalt:

Mit Gemeindevorstandsbeschluss vom 17.06.2024 wurde bereits die Projektierung einer „KITA Neu“ Variante am Kirchweg 9 inkl. 4 Wohneinheiten mit einer Wohngenossenschaft – unter der Voraussetzung des Abbruches beider Gebäude – beschlossen.

Das Ergebnis und die Kosten in Höhe von € 7.200,-- brutto wurden am 04.10.2024 entsprechend kundgemacht.

Da sich jedoch die Sachlage geändert hat und aufgrund der weiterhin bestehenden Mietverhältnisse nur ein Objekt frei ist, musste das Projekt auch entsprechend umgeplant werden.

Hierzu hat der Gemeindevorstand in seiner 60. GV-Sitzung am 17.06.2025 die Erstellung einer weiteren Planungsgrundlage beauftragt. Bei der neuen Variante wird nur ein Objekt abgerissen (inkl. Kostengegenüberstellung einer entsprechenden Renovierung) und nur eine KITA mit 2 Gruppen auf zwei Ebenen geplant. Nur so können die entsprechenden Abstände zum bestehenden Objekt beibehalten werden.

Da es aktuell keinen Bildungsfond mehr gibt (Nachfolger des Schulbaufonds mit 75 % Förderung wie bei der Volksschule) wurde die Gemeinde am 10.07.2025 beim zuständigen Landesrat Fellner mit den neuen Planungsunterlagen vorstellig.

Der Landesrat begrüßt die Idee eines Bildungscampus am Kirchplatz und auch die Variante ohne Baurechtsvertrag zusammen mit einer Genossenschaft. Auch sieht er eine Renovierung des Bestandsobjektes – wie in den Planungsunterlagen dargelegt – als nicht wirtschaftlich und könnte sich eine KO-Finanzierung einer neuen KITA, unter Einbindung eines Architekten, der die Kärntner Baukultur berücksichtigt, vorstellen. Hierzu muss jedoch eine fertige Detailplanung eines Architekten vorgelegt werden.

In einer Abstimmungsbesprechung am 22.07.2025 zwischen der Gemeinde und den Fachabteilungen des Landes wurden die Rahmenbedingungen, aufbauend auf den vorhandenen Planungsunterlagen, für die Detailplanung festgehalten.

In weiterer Folge wurde das Planungsbüro Spado Architects kontaktiert zur Abgabe eines Kostenvoranschlages für die architektonische Detailplanung der KITA Neu am Kirchweg zur Vorlage beim Landesrat und als Grundlage für die entsprechende Ausschreibung.

Das Honorar für die Vorentwurfserstellung (Leistungsdefinition im Angebot ersichtlich) beträgt € 13.196,92 brutto, sollten jedoch noch Nebenkosten für eventuell erforderliche Baugrunduntersuchungen wie Probegrabungen und Versickerungsversuche berücksichtigt werden.

GR Hadl beschreibt, dass sie bisher einige Gespräche mit Zuständigen des Landes Kärntens betreffend die Sanierung von Beständen geführt und sie auch die Bürgermeisterin auf ihre dahingehenden Erkenntnisse aufmerksam gemacht hätte. Sie wird diesem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen, da bisher sehr viel Geld in die Planung hierzu investiert wurde und keine Umsetzung erkennbar ist.

Entgegen den Ausführungen von GR Hadl beschreibt GV Pacher, dass er einen Neubau bevorzugt. Er kritisiert jedoch, dass bisher sehr viel Geld aufgegeben wurde und beanstandet er die dahingehende Gemeindeplanung, weshalb er auch seine Ablehnung zu diesem Tagesordnungspunkt bekannt gibt. Er würde sich eine Übergangslösung mithilfe von Containern aussprechen und könnte anschließend eine adäquate Lösung gefunden werden.

Die Vorsitzende weist daraufhin, dass die Kita zuerst in der Volksschule hätte angesiedelt werden sollen, was jedoch zeitlich unbefristet nicht möglich gewesen ist. Daraufhin wurden Gespräche mit Hotelbetrieben sowie den Besitzern von leerstehenden Gebäuden gesprochen. Außerdem wurden auch sehr viele Alternativen betrachtet, was jedoch erfolglos war.

Entgegen seinen Vorrednern beschreibt GV Gappnig, dass an diesem Projekt alle gemeinsam gearbeitet haben und sind da es sich hierbei um Kinder handelt, keine Schnellschüsse notwendig. Die Gemeinde ist auf einem guten Weg die bestmögliche Lösung für die Kinder zu entwickeln und ist für ihn hierbei kein Kritikpunkt zu erkennen.

GR Haider betont, dass eine Kita unabdingbar sei, jedoch stört sich daran, dass es sich hier nur um einen Vorentwurf handle, welcher rund 13.000,00 Euro kostet. Den Sitzungsvortrag ist zudem zu entnehmen, dass sich die Grobkosten für dieses Projekt auf rund 1,2 Millionen Euro belaufen. Sie befürchtet jedoch, dass sich die tatsächlichen Kosten am Ende des Projektes auf rund 1,5 Millionen Euro belaufen werden und sind zum aktuellen Zeitpunkt dahingehende Förderungen noch nicht feststellbar. Für GR Haider ist es absolut nicht nachvollziehbar, weshalb die aktuelle Benutzung der Kita in der Volksschule nicht verlängert wird, und stellt sich für sie die Frage, wie die Gemeinde dieses Projekt finanzieren möchte.

GR Mikula gibt an, dass aus seiner Sicht die Volksschule nach wie vor die beste Lösung ist. Schließlich stellt er in Aussicht, dass er sich bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten werde, da er einem weiteren Vorentwurf nicht zustimmt.

Vzbgm Köfer verlässt von 18:11 Uhr bis 18:13 Uhr die Sitzung.

GR Hadl befürchtet, dass der Abriss und der Neubau für den Mieter im angrenzenden Gebäude eine Zumutung wäre und würde sie befürworten, dass beide Gebäude in die Planung für die Kita miteinbezogen werden würden. Eine dahingehende mittel- bis langfristige Prüfung muss sorgfältig erfolgen.

GV Pacher beanstandet, dass bei der vorliegenden Variante nur eines der bestehenden Gebäude abgerissen wird und das andere stehen bleibt. Jedoch hätte für alle Mieter eine sozialverträgliche Lösung gefunden werden sollen.

Die Vorsitzende beschreibt, dass eine Verlängerung des Bescheides der Kita in der Volksschule angestrebt wurde, jedoch derzeit gesetzlich nicht möglich ist und war es deshalb notwendig Alternativen zu finden. Betreffend mögliche Förderungen für dieses Projekt gibt die Vorsitzende an, dass Landesrat Fellner unter Vorlage der bisherigen Unterlagen eine Förderung des Projektes bereits mündlich zugesagt hätte. Eine konkrete Zahl wurde jedoch nicht zugesichert. Ergänzend weist die Vorsitzende daraufhin, dass bei der Errichtung einer Kita spezielle Voraussetzungen zu erfüllen sind. Wichtig sei es nun hierzu einen Beschluss zu

fassen, die nächsten Schritte zu tätigen und anschließend an Landesrat Fellner heranzutreten, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beauftragt die spado architects_ZT GmbH zur Erstellung einer Detailplanung der KITA Neu am Kirchweg als Grundlage für eine Förderbeantragung und in weiterer Folge für eine Ausschreibung, sowie für etwaige Nebenkosten wie z.B.: für erforderliche Baugrunduntersuchungen, in Höhe von max. € 20.000,-- brutto.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (12)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Sabine Scholl, Martin Gressl, Robert Schandl, Heidi Wieneroither,

Gegenstimme(n) (3)

Mag. Sebastian Dernoschnig, Gabriele Hadl, Harald Papitsch,

Enthaltung(en) (4)

Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Raumplanung, Bau und Lärmschutz

6.1. Antrag an den Gemeinderat - Förderungsvertrag zur Fenstersanierung der Pfarrkirche Pörschach

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 28.07.2025 ersucht die Bauabteilung der Diözese Gurk um Unterzeichnung der Fördervereinbarung für die geplante Fenstersanierung samt Glasbruchbehebung der Pfarrkirche Pörschach.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von € 63.000,-- werden über Eigenmittel, Versicherungszahlungen, Bundesdenkmalförderungen und Bedarfszuweisungen außer Rahmen gedeckt.

Die den Abruf der BZ aR wird eine Vereinbarung des Gemeinderates mit Förderwerber benötigt. Die Gemeinde dient hier lediglich als „Durchläufer“ und entstehen keine Kosten für die Gemeinde.

GR Hadl stellt ihre Ablehnung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht und begründet dies damit, dass sie keine Zeit gehabt hätte sich für diesen Tagesordnungspunkt vorzubereiten, da die Unterlagen erst am Vorabend hinzugefügt wurden.

Die Vorsitzende gibt an, dass dieser Tagesordnungspunkt im gestrigen Gemeindevorstandssitzung vorbereitet wurde und anschließend umgehend im Sitzungsportal zur Verfügung gestellt wurde. Weiters weist sie darauf hin das AL Pinter stets darauf bedacht ist, alle Mandatäre bestmöglich zu informieren. Letztlich hält sie auch fest, dass es sich hierbei heute um eine Erweiterung der Tagesordnung behandelt hat.

Vzbgm Köfer beschreibt, dass es sich hierbei um einen Förderantrag handelt, welcher keinerlei finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinde hat.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt dem Förderungsvertrag zwischen der Gemeinde Pörschach am Wörther See und der Pfarre Pörschach für die Fenstersanierung samt Glasbruchbehebung

zu. Es entstehen keine Kosten für die Gemeinde und wird dies über BZ aR und weiteren Förderungen finanziert.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Klaus Köfer, Harald Josef Korak, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Sabine Scholl, Martin Gressl, Harald Papitsch, Robert Schandl, Heidi Wieneroither,

7. Antrag an den Gemeinderat - TBPL Werzer's Hotel Resort

GR Haider erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befangen und verlässt sie ihren Platz um 18.35 Uhr.

Sachverhalt:

Der Grundstückseigentümer der Parzelle Nr. 1215, KG 72152 (Seehotel Werzer Wallerwirt GmbH) regt zum erlassenen textlichen Bebauungsplan der Gemeinde Pörschach am WS einen Teilbebauungsplan „Werzer's Hotel Resort“ an.

Ein Entwurf wurde bereits durch den Ziviltechniker Wurzer & Knappinger erstellt und in der 20. RBL-Sitzung am 07.09.2024 dem Ausschuss präsentiert. Dieser war sich einig, den TBP auf Basis des vorgelegten Entwurfes zur Vorprüfung an das Land zu schicken. Zudem hat der Gemeindevorstand in sein 43. Sitzung die Vereinbarung zur Übernahme der Planungskosten beschlossen.

Nach mehreren Besprechungen zusammen mit dem Antragsteller, der Abteilung 15, der Gemeindevertreter und des beauftragen Raumplaners, konnte der Entwurf des TBPL am 07.10.2024 bis einschließlich 02.12.2024 kundgemacht werden.

Eine weitere Beratung des kundgemachten TBPL – Werzers Hotel Resort fand in der 32. RBL-Sitzung statt. Hier wurden auch die eingebrachten Einwände zusammen mit dem Raumplaner Dr. Jernej besprochen. Schlussendlich wurde der Tagesordnungspunkt vertagt, um entsprechende Änderungen vorzunehmen.

Nach Berücksichtigung der Änderungsbegehren des Ausschusses und Abklärung mit dem Antragssteller und der Fachabteilung des Landes, wird in der nächsten RBL-Sitzung der überarbeitete TBPL besprochen. Folgende Änderungen wurden durchgeführt:

Demgemäß wurde in § 10 folgender Passus gestrichen: „Die Nutzung als Apartmenthaus oder sonstiger Freizeitwohnsitz (Definition gemäß § 30 K-ROG 2021) ist dezidiert ausgeschlossen. Zulässig sind Betriebswohnungen sowie Unterkünfte für Personal.“

Diese Streichung ändert jedoch nichts an der rechtlichen Zulässigkeit der Nutzung, da der gestrichene Text lediglich eine Klarstellung dessen darstellte, was im Rahmen der Widmungskategorie *Bauland – Reines Kurgebiet* ohnehin erlaubt bzw. unzulässig ist.

Zusätzlich wurde auf Seite 11 der Erläuterungen die Nutzungsstruktur der Gebäude aus den Erläuterungen von 2002 übernommen. Diese Information ist rein erklärend und hat keinen Einfluss auf die bestehenden Nutzungen. Sie könnte daher grundsätzlich weggelassen werden.

Nach positiver Vorberatung in der 33. RBL-Sitzung erfolgte eine neuerliche Kundmachung vom 28.05.2025 – 24.07.2025. Es wurden keine Einwände eingebracht. Da es sich um eine neuerliche Kundmachung handelt, können die Einwände der letzten Kundmachung nicht herangezogen werden.

Die Vorsitzende gibt an, dass nach Besprechungen mit dem Antragsteller und der Abteilung 15 dieser TBP kundgemacht wurde. Auch heute gab es ein weiteres Gespräch mit der Abteilung 15, aus dem hervorging, dass nach dem neuen Gesetz vom 01.01.2022 bis 2030 die Gemeinde Teilbebauungspläne, die nicht dem Gesetz entsprechen erneuert werden müssen, und zwar auf Kosten der Gemeinde. Bei diesem TBP wird jedoch der Eigentümer die Kosten übernehmen, da er die Änderung angeregt hat. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Fläche, auf der sich die Tennishalle befindet, die gleiche Widmung hat wie jene Fläche, auf dem das Hotel steht. Dies bedeutet, dass nach den aktuellen Bestimmungen, bereits eine touristische Umplanung möglich wäre.

GV Gappnig betont, dass die SPÖ grundsätzlich für die Förderung und die Stützung des Tourismus ist, was die Entscheidung hierbei schwer gemacht hat. Er selbst erachtet das vorgelegte Konzept als sehr gut, jedoch setzt er selbst sich seit Jahren für den Sport in Pörschach ein. Schließlich stellt er seine Enthaltung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht, da sehr viele Pörschacher dieses Projekt skeptisch betrachten und es hierzu auch eine Petition gäbe.

Vzbgm Köfer stellt klar, dass das betreffende Grundstück über eine Tourismuswidmung verfügt und Ziel dieses Tagesordnungspunktes jener sei, einen TBP zu erstellen in dem festgelegt wird, was auf dem besagten Grundstück errichtet werden darf. Er appelliert daran, dass zukünftig nicht nur die Leistungen des Tourismus in Anspruch genommen werden, sondern dieser auch unterstützt wird.

GR Mikula sieht die bestehende Tennishalle auch als eine touristische Einrichtung und möchte er hier klar Stellung beziehen, weshalb er gegen diesen Tagesordnungspunkt stimmen werde.

GV Pacher berichtet, dass in einem früheren Entwurf Konferenz- und Seminarräume eingeplant gewesen sind und hätte er hier einen Vorteil für die Pörschacher gesehen. Dies ist aktuell jedoch nicht mehr so und wird er sich demnach bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten. Zudem kritisiert er, dass heute nach 14:00 Uhr noch ein Dokument in das Sitzungsportal hochgeladen wurde. Sodann erwidert die Vorsitzende, dass dieses Dokument heute eingelangt sei und umgehend im Sitzungsportal zur Verfügung gestellt wurde.

GR Hadl beanstandet die Vorgehensweise hinsichtlich der Akteneinsicht. Sie bekundet ihre Sorge darüber, dass an der besagten Stelle keine Personalhäuser errichtet werden könnten, sondern die Fläche anderweitig genützt wird. Außerdem würde sie es als notwendig erachten Hrn. Frömmel hierzu als Auskunftsperson einzuladen, um nicht eine Entscheidung ins Blaue zu treffen.

GR Faeser befindet die Vorwürfe als befremdlich. Dieses Projekt wurde intensiv und unter häufiger Einbeziehung von Hrn. Frömmel als Auskunftsperson im Ausschuss beraten.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt dem Teilbebauungsplan „Werzer´s Hotel Resort“ zu.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (10)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Gegenstimme(n) (2)

Harald Josef Korak, Dieter Mikula

Enthaltung(en) (6)

Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Alexander Maier, Harald Papitsch, Florian Pacher, Martin Gressl,

8. Allfälliges

GR Haider nimmt ihren Platz um 18.56 Uhr wieder ein.

GR Maier erkundigt sich, ob es die technische Möglichkeit gäbe, dass eine Benachrichtigung ausgesendet wird, wenn neue Akten im Sitzungsportal hinterlegt werden.

GR Diexer verlässt von 18.57 Uhr bis 18.59 Uhr ihren Platz in der Sitzung.

GV Pacher ersucht darum, auf Tourismusbetriebe Rücksicht zu nehmen bei Infrastrukturarbeiten bzw. diese proaktiver zu kommunizieren. Hier ist aus seiner Sicht eine sensible Vorgehensweise gefordert. Weiters bittet er um Bekanntgabe, ob und wann der Präsentationstermin der Asfinag bezüglich der Ergebnisse der Lärmmessung und der Insitu-Messung zur Qualitätskontrolle der Lärmschutzwände stattfindet. Außerdem ersucht er um Bekanntgabe der weiteren Termine.

GR Mack appelliert, dass bei Google Maps die Durchsetzung des Fahrverbotes auf dem St. Martiner Weg und der Gaisrückenstraße erwirkt wird. Außerdem findet übernächstes Wochenende das Inselschwimmen im Promenadenbad statt.

GR Mikula berichtet, dass sich nach wie vor Asphaltsteine und Risse auf Höhe der Schornsäge befinden und wäre der Verkehrsspiegel bei der Einbiegung von der Sankt-Oswalder-Straße in die Gaisrückenstraße immer noch notwendig. Der Badeeinstieg beim Edelweißbad ist aktuell etwas ausgewaschen und somit ergibt sich für ältere Badegäste ein erschwerter Einstieg, was durch eine Aufschüttung verhindert werden könnte. Er gibt auch an, dass mehrfach darüber geklagt wird, dass sich auf dem Wanderweg zu wenige Bänke befinden. Außerdem sei das WC am Marktplatz sehr verdreckt und ist diese nicht für beeinträchtigte Personen zugänglich, da sich beim Eingang ein kleiner Absatz befindet.

GR Hadl berichtet von der Kunstattraktion vom Verein „bis es mir vom Laibe fällt“. Diese hat ein großes internationales Echo ausgelöst. Nach Berlin, Brüssel und Graz, war Pörschach einer Station dieser Kunstaktion und hat diese nun den europäischen Staatspreis der Republik Österreich verliehen bekommen.

9. Bericht Bürgermeisterin

Die Vorsitzende berichtet über nachfolgende Themen:

- Ableben des ehemaligen Mitarbeiters und Wassermeister, Hrn. Mertl
- Großartige Leistung von Hrn. Wienerroither vom UWWC, welcher Vizeweltmeister geworden ist
- Tolle Jugendförderung durch die Vereine in Pörschach
- Kem-Energieberatung in Pörschach am 01. Oktober
- Familien-Challenge vom AWV, um Plastik zu vermeiden

Die Vorsitzende spricht ihren Dank gegenüber dem TVB für die Veranstaltungen und das Angebot von TVB und der Betriebe rundherum aus.

Weiter berichtet sie über folgende Termine, Veranstaltungen und Attraktionen:

- bis 19.08. Fotoausstellung
- bi 03.08. Wahlissausstellung
- 03.08. Goritschacher Kirchtag
- 09.08. Inselschwimmen und Kirchenschiff
- 12.08. Literarische Verführungen
- 15.08. Marienprozession
- 19.08. Blutspende im Lesesaal
- 25.-31.08. Pink Lake
- 31.08 KärntenLäuft
- Laufend Konzerte am MCP und im Pavillon
- Surfwelle auf der Whaliswiese

Die Vorsitzende lädt alle Gemeinderäte herzlich am 21. September zum Jubiläumsfest nach Rivignano ein und bittet um Rückmeldung bis 10. August, wer im Bus mitfahren möchte oder unten vor Ort an diesem Fest teilnehmen wird.

Auch bedankt sich die Vorsitzende bei AL Pinter für seine Arbeit.

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 19.32 Uhr bis 19.34 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung berichtet die Vorsitzende über weitere Erfolge des UWWC.

Bericht über beantwortete Aufsichtsbeschwerden gemäß § 104a Abs. 5 K-AGO

Aufsichtsbeschwerde von GR Faeser vom 13. März 2025, 03-KL35-BE-31342/2025 zum Thema „Beschwerde betreffend die Sitzungsführung des Kontrollausschusses; Aufsichtsbehördliches Verfahren“ – Erledigung vom 09. Juli 2025.

GR Korak verlässt von 19.32 Uhr bis 19.34 Uhr seinen Platz.

GV Pacher meldet sich zur Geschäftsbehandlung und ersucht er die Vorsitzende um Klärung betreffend die Stellungnahme der Aufsichtsbeschwerde, da er das Ergebnis nicht nachvollziehen könne.

Die Vorsitzende gibt an, dass er sich dahingehend an die Gemeindeaufsicht wenden solle, da diese die verfassende Behörde gewesen sei.

10. Anfragen und Anträge

Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 30.07.2025 – Rampe für Sanitäranlagen am Marktplatz

Dieser Antrag wird dem GV zugewiesen (Anlage 1).

Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 30.07.2025 – Standesbeamtenverband Wörthersee

Dieser Antrag wird dem GV zugewiesen (Anlage 2).

Fristsetzungsantrag der FPÖ vom 30.07.2025 zu „GO-MOBIL in Pörschach“ am 20. September 2023 (Anlage 3)

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Papitsch,

Gegenstimme(n) (13)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither, Robert Schandl, Martin Gressl,

Fristsetzungsantrag der FPÖ vom 30.07.2025 zu „Konzepterstellung Mikro-ÖV-System“ vom 23. April 2025 (Anlage 4)

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:**Dafür-Stimmen (6)**

Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Papitsch,

Gegenstimme(n) (13)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither, Robert Schandl, Martin Gressl,

Dringlichkeitsantrag der FPÖ vom 30.07.2025 – Aussetzung der Wohnungsvergaberichtlinie

GV Pacher begründet die Dringlichkeit dieses Antrages damit, dass aus seiner Sicht eine Intransparenz bei der Vergabe der Wohnungen bestünde. Es besteht der Vorschlag, dass dies nun transparent wird und temporär dies vom GV abgewickelt wird.

Die Vorsitzende gibt an, dass hier keine Notwendigkeit besteht und ersucht sie demnach nicht um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:**Dafür-Stimmen (9)**

Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Renate Haider, Harald Josef Korak, Alexander Maier, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Papitsch, Martin Gressl,

Gegenstimme(n) (10)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Sabine Scholl, Heidi Wienerroither, Robert Schandl,

Dieser Antrag wird dem GV zugewiesen (Anlage 5).

Überfraktioneller Dringlichkeitsantrag vom 30.07.2025 – Petition an das Land Kärnten: Tourismuskompetenz muss in den Gemeinden bleiben

GV Pacher beschreibt, dass es aktuell Gespräche darüber gibt, die bestehenden Tourismusverbände aufzulösen und anschließend gemeindeübergreifende Tourismusverbände zu machen. Als tourismusstarke Gemeinde, wie Pörschach es ist, sollte es ein Anliegen sein, den Tourismus nicht auszulagern. Die lokale Kompetenz soll aufrecht gehalten werden. Eine derartige Entscheidung soll im Herbst bzw. im Winter im Kärntner Landtag getroffen werden.

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 19.46 Uhr bis 19.50 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gibt die Vorsitzende an, dass nach einer fraktionsübergreifenden Rücksprache auf dem Dringlichkeitsantrag der FPÖ ein überfraktioneller Dringlichkeitsantrag formuliert wurde.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:**Dafür-Stimmen (4)**

Renate Haider, Harald Josef Korak, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Gegenstimme(n) (15)

Mag. Silvia Häusl-Benz, Mag. Sebastian Dernoschnig, Ramona Diexer, Oliver Faeser, Mario Gappnig, Gabriele Hadl, Klaus Köfer, Bernhard Lukasser, Raphael Mack, Alexander Maier, Sabine Scholl, Harald Papitsch, Heidi Wienerroither, Robert Schandl, Martin Gressl,

Dieser Antrag wird dem GV zugewiesen (Anlage 6).

Schriftliche Anfrage von GR Hadl zu „Ausgleichsmassnahme vor der Blumenpromenade“ (Anlage 7)

Ende der Sitzung: 19:52 Uhr.

Gelesen und unterfertigt: